

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
und dem Zentrum für Umfragen,
Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA)

Datenreport 2006

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Auszug aus Teil I

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Erwerbslose

Arbeits- und Erwerbslosigkeit sind keine abstrakten Größen, sondern sie greifen entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Die damit einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist zum Konsumverzicht, was letztlich eine Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die ganze Familie bedeuten kann. Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche, Klassenfahrten der Kinder etc. können nicht mehr problemlos oder nur noch selten bezahlt werden. Eine auf den Arbeitsmarkt bezogene Perspektivlosigkeit kann zu persönlichen Sinnkrisen führen.

Für diejenigen, die Arbeit haben, ist ihre Erwerbstätigkeit oft mehr als nur die »Sicherung des Lebensunterhalts«. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein; sie dient auch der persönlichen Selbstentfaltung. Wer etwa am Arbeitsplatz ausreichend Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume hat, gestaltet oft sein persönliches Umfeld aktiver als jene, denen es anders geht.

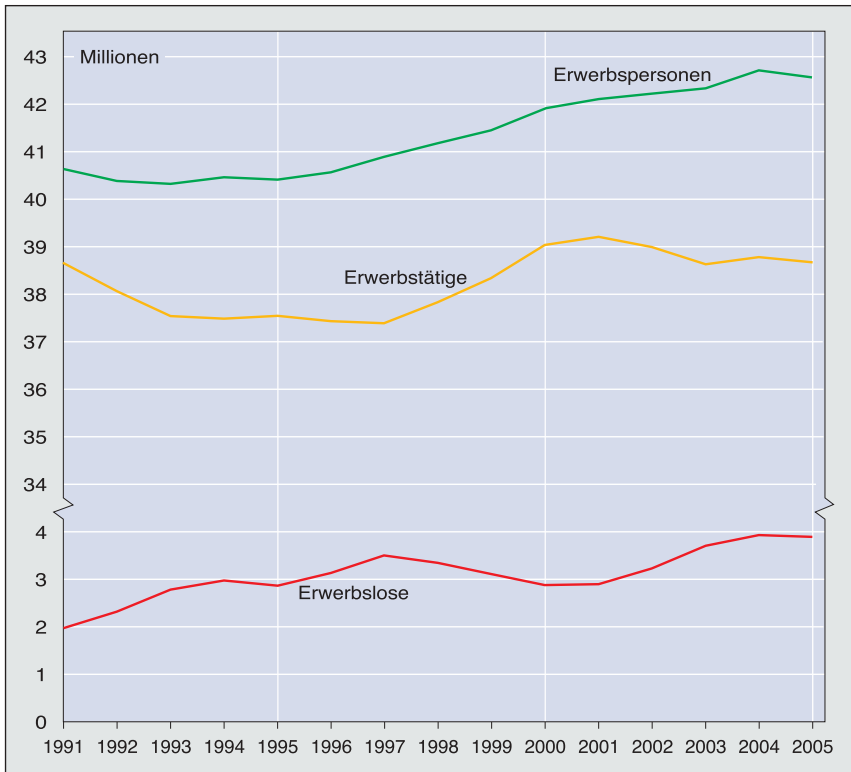
Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können, aber auch um beispielsweise Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeits- und Erwerbslosigkeit auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, sind aktuelle sowie nach verschiedenen Merkmalen gegliederte statistische Angaben wesentliche Voraussetzungen. Das Zahlenmaterial über den Arbeitsmarkt stammt aus unterschiedlichen Quellen. Für die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger werden vorhandene Verwaltungsunterlagen ausgewertet, auf Umfrageergebnissen basieren die Erhebungen der statistischen Ämter wie der Mikrozensus, die Telefonerhebung »Arbeitsmarkt in Deutschland« und die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union.

Tab. 1: Eckdaten zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit
Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik

Jahr	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ¹
	1 000	1 000	In %
1991	38 664	1 972	4,9
1995	37 546	2 867	7,1
2000	39 038	2 880	6,9
2001	39 209	2 900	6,9
2002	38 994	3 229	7,6
2003	38 632	3 703	8,7
2004	38 782	3 931	9,2
2005	38 672	3 893	9,1

1 Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit seit 1991



Einhergehend mit den jeweils angewandten Methoden geht man dabei zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus. Diese müssen beachtet werden, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Missverständnisse auftreten, da nicht immer einheitlich zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden wird. Die Erwerbspersonen umfassen aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen: $\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$.

Erwerbstätig ist nach international einheitlicher Definition der International Labour Organization (ILO) jede Person im erwerbsfähigen Alter (ab 15 Jahren), die im Berichtszeitraum gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen Tätigkeit gearbeitet hat, unabhängig davon, in welchem Umfang. Auch wer sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum vorübergehend nicht ausgeübt hat, und wer mithelfend in einem Familienbetrieb tätig war, gilt als erwerbstätig. Als erwerbslos gilt im Sinne der durch die Europäische Union (EU) konkretisierten ILO-Abgrenzung

jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in diesem Zeitraum nicht erwerbstätig war und in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv eine Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es dabei nicht an. Eine neue Erwerbstätigkeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Einstufung einer Person als erwerbslos ist unabhängig davon, ob eine Agentur für Arbeit oder ein kommunaler Träger in die Suchbemühungen eingeschaltet wurde oder nicht. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die nach sozialgesetzlichen Vorgaben amtlich als solche gemeldet sind (vgl. 3.7 bis 3.11).

Nach Ergebnissen der ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes gab es im Durchschnitt des Jahres 2005 in Deutschland rund 42,6 Millionen Erwerbspersonen, darunter 38,7 Millionen Erwerbstätige. Im Vergleich zu 1991 zeigte sich bei einer Steigerung der Erwerbspersonenzahl um etwa 1,9 Millionen eine leichte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 8000 Personen und eine entsprechend deutliche Zunahme bei den Erwerbslosen um gut 1,9 Millionen.

Innerhalb dieses Gesamtrahmens liefert der Mikrozensus (vgl. 3.2 bis 3.6) für eine Berichtswoche (bis 2004) tiefer gehende Strukturinformationen, allerdings auf niedrigerem Niveau. Dabei führt nicht zuletzt der Bezug auf eine eng abgegrenzte Berichtswoche im Frühjahr des Jahres insbesondere zu einer Untererfassung marginaler, stundenweise an bestimmten Tagen, im regelmäßigen oder unregelmäßigen Wochenrhythmus ausgeübten Beschäftigungen. Dazu zählen unter anderem die so genannten geringfügig entlohnten Beschäftigungen (Minijobs). Dies ist bei der Interpretation der nachfolgenden Strukturdaten des Mikrozensus zu berücksichtigen.

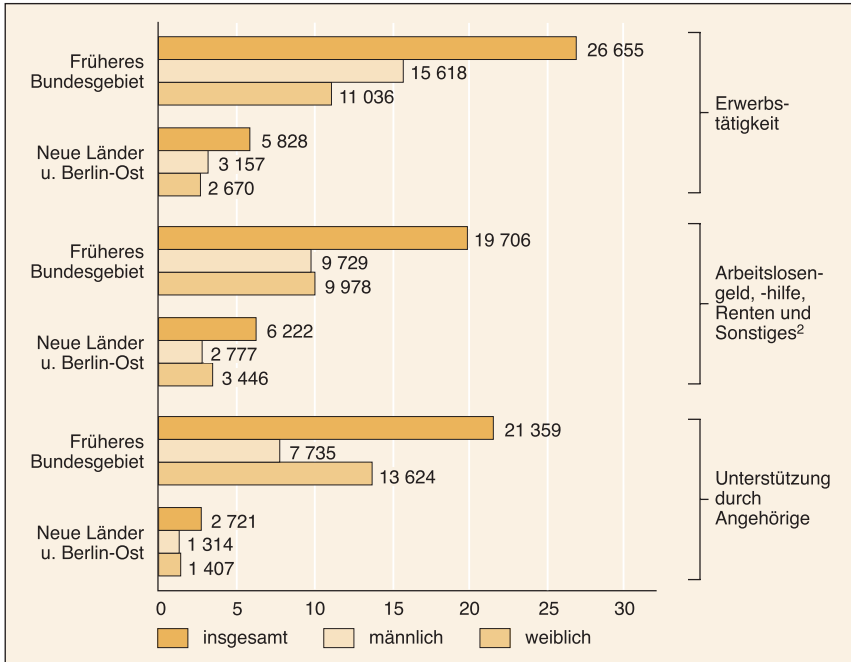
3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Bestritten im April 1991 noch 44,5 % der Menschen in Deutschland ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, so waren es im März 2004 insgesamt 39,4 %. Dies ist nicht nur eine Folge der höheren Arbeitslosigkeit – von Arbeitslosengeld oder -hilfe lebten im April 1991 nur 2,2 % der Bevölkerung, während dieser Anteil bis zum Jahr 2004 auf 4,6 % anstieg –, sondern auch der Verschiebung der Altersstruktur. Denn der Anteil derjenigen, die Renten oder Pensionen beziehen, ist in Deutschland von 18,7 % im April 1991 auf 23,1 % im März 2004 gestiegen. Hingegen sank der Anteil jener, die ihren Unterhalt aus der Unterstützung durch Angehörige bezogen, von 31,4 % im April 1991 auf 29,2 % im März 2004. Auf sonstige Einkommensquellen wie eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung oder beispielsweise BAföG konnten im April 1991 rund 3,2 % der Bevölkerung in Deutschland zurückgreifen, im März 2004 waren es 3,7 %.

Insgesamt war für 39,4 % der Bevölkerung in den elf alten Bundesländern und auch für 39,5 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost im März 2004 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. Während im früheren Bundesgebiet 31,5 % der Bürgerinnen und Bürger ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepart-

ner, Kinder usw.) versorgt wurden, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 18,4 %. Dagegen lebten hier 32,2 % überwiegend von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen, sonstigen Unterstützungen und Sozialhilfe – in den alten Ländern waren es 25,6 %. Aus Arbeitslosengeld oder -hilfe bestritten 3,5 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet ihren Lebensunterhalt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 9,9 %.

Abb. 2: Bevölkerung nach überwiegenderm Lebensunterhalt im März 2004¹
in Tausend



1 Ergebnisse des Mikrozensus.

2 Rente, Pension; Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe, Leistungen aus einer Pflegeversicherung; Sonstige Unterstützung (z. B. BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium).

3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Längere Ausbildungszeiten und das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben machen sich auch an gesunkenen Erwerbsquoten bemerkbar. Im März 2004 lag der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) in Deutschland mit 48,5 % um 0,8 Prozentpunkte niedriger als 1991 (49,3 %).

Tab. 2: Erwerbsquoten in Deutschland

Anteil der Erwerbspersonen¹ an 100 Männern bzw. Frauen

Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
1991	59,2	40,1	51,2	49,3
1993	57,8	40,0	51,1	48,7
1995	56,8	40,0	51,1	48,2
1997	56,6	40,6	51,8	48,4
1998	56,5	40,7	51,9	48,4
1999	56,4	41,3	52,4	48,7
2000	55,8	41,3	52,0	48,4
2001	55,7	41,7	52,5	48,6
2002	55,4	42,0	52,5	48,5
2003	55,3	42,4	52,8	48,7
2004	55,1	42,3	52,2	48,5

1 Erwerbspersonen = Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept.

Die rückläufige Erwerbsquote in der Gesamtbevölkerung geht einher mit einer stärkeren Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben. Ihre Erwerbsquote stieg seit 1991 um 2,2 Prozentpunkte auf 42,3 % im März 2004. Von den verheirateten Frauen waren 2004 52,2 % erwerbstätig oder erwerbslos, 1991 waren es 51,2 %.

Bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Männer lag die Erwerbsquote im März 2004 in Deutschland bei 79,3 %, für die Frauen gleichen Alters bei 65,2 %.

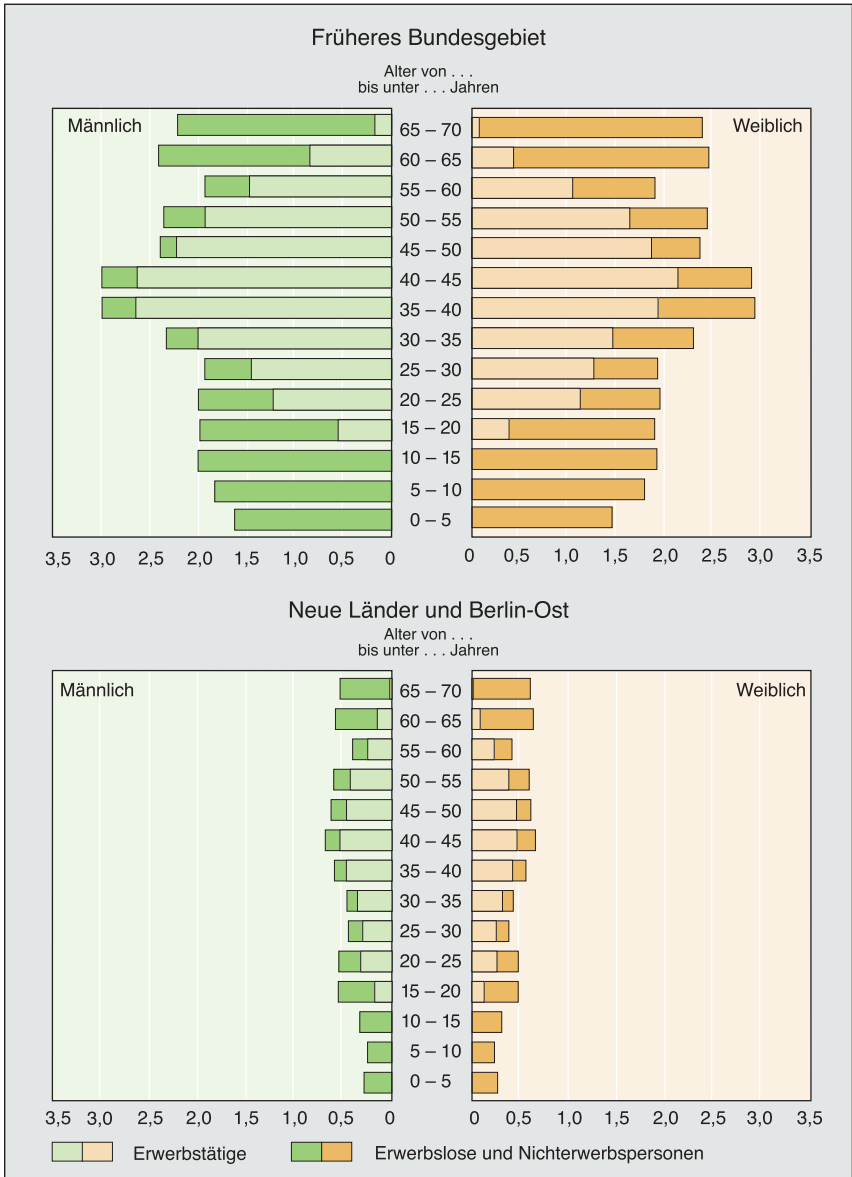
Der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Besonders groß sind die Unterschiede bei den verheirateten Frauen (60,6 % in den neuen Ländern; 50,5 % im

Tab. 3: Frauenerwerbsquoten¹ nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahre	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	1991	2004	1991	2004	1991	2004
15–20	36,1	25,0	33,8	24,4	44,6	27,1
20–25	74,0	64,8	72,0	64,3	83,2	66,6
25–30	73,5	73,3	69,1	72,1	92,5	79,4
30–35	70,8	76,8	64,9	74,4	93,7	89,5
35–40	73,8	79,1	67,6	76,7	95,8	92,0
40–45	74,1	82,3	69,5	79,7	94,8	93,7
45–50	71,6	81,9	66,1	79,3	93,9	92,4
50–55	64,1	76,4	57,6	73,5	89,0	88,5
55–60	41,2	61,7	43,0	58,4	34,6	78,3
60–65	10,4	19,7	11,9	20,5	4,6	16,6
65–70	3,3	4,1	3,7	4,6	1,2	2,2

1 Anteil der weiblichen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept) an der weiblichen Bevölkerung je Altersgruppe.

Abb. 3: Bevölkerung nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben
 Ergebnisse des Mikrozensus März 2004 in Mill.



früheren Bundesgebiet). Die Erwerbsbeteiligung der Männer im Osten (57,0 %) ist hingegen kaum höher als im Westen (54,7 %). Bezieht man auch das Alter der Frauen ein, zeigt sich eine deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung der 25- bis 54-Jährigen im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erreicht die Frauenerwerbsquote bei den 25- bis 49-Jährigen einen Wert von 90,3 %, selbst bei den 50- bis 54-Jährigen liegt sie noch bei 88,5 %.

3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

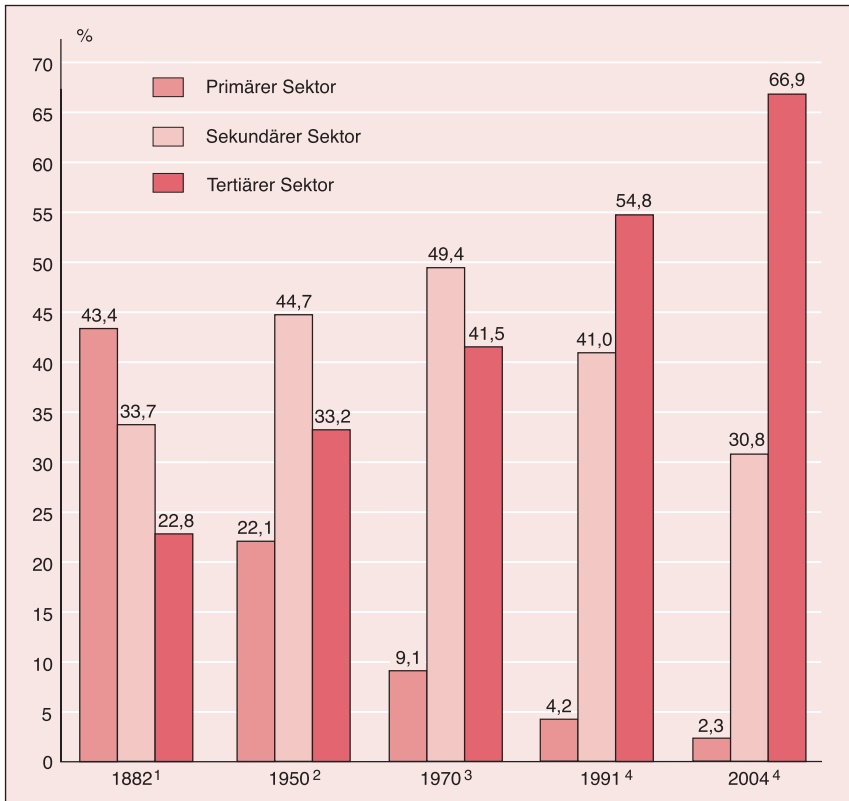
Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Vor 125 Jahren war dort mit über 8 Mill. Menschen der größte Teil der Erwerbspersonen beschäftigt. Arbeitete 1882 im damaligen Reichsgebiet nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor, galt dies im Jahr 2004 in Deutschland nur etwa für jeden 43., im früheren Bundesgebiet sogar nur noch für jeden 45. Erwerbstätigen. So arbeiteten im Jahr 2004 in Deutschland nur noch 832 000 Menschen in der Landwirtschaft, und zwar 649 000 im früheren Bundesgebiet und 183 000 in den neuen Ländern. Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im Agrarbereich ging zunächst eine deutliche Zunahme im Produzierenden Gewerbe einher. Nachdem das Produzierende Gewerbe im früheren Bundesgebiet in den 1960er- und 1970er-Jahren die meisten Arbeitsplätze bot (fast 50 %), ist jedoch der Beschäftigtenanteil hier mittlerweile auf rund 31 % im Jahr 2004 gesunken. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag er mit 28 % noch darunter. Im tertiären Sektor, dem Dienstleistungsgewerbe, arbeiten heutzutage in Deutschland rund 67 % aller Erwerbstätigen.

Tab. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen¹
(Ergebnisse des Mikrozensus) in Tausend

Wirtschaftsbereiche	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost	
	1960	1970	1980	1991	2004	1991	2004
Primärer Sektor	3541	2402	1437	1045	649	530	183
Sekundärer Sektor	12807	13005	12174	12065	9236	3285	1750
Tertiärer Sektor	9846	10937	13263	16574	19553	3947	4288
Insgesamt	26194	26344	26874	29684	29438	7761	6221

¹ In den Abgrenzungen gibt es kleinere Abweichungen, da es Veränderungen bei den zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaftszweige im Zeitablauf gab.

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im Vergleich



1 Ergebnisse der Berufszählung im Reichsgebiet – Erwerbbspersonen.

2 Ergebnisse der Berufszählung im früheren Bundesgebiet.

3 Ergebnisse des Mikrozensus April 1970 im früheren Bundesgebiet.

4 Ergebnisse des Mikrozensus April 1991 und März 2004 in Deutschland.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen, neue Produktions- und Fertigungsverfahren sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben viele Berufe bzw. Berufsbereiche verändert. In den Dienstleistungsberufen waren im Jahr 2004 in Deutschland 66,3 % aller Erwerbstätigen beschäftigt, über die Hälfte (57,5 %) waren Frauen. Vergleicht man die Erwerbstätigenzahlen innerhalb der Dienstleistungsberufe in den Jahren 1995 und 2004, so ist der stärkste Zuwachs (80,8 Pro-

zentpunkte) bei den Altenpflegerinnen und Altenpflegern zu verzeichnen, gefolgt von den Gebäudereinigerinnen/Gebäudereinigern und Raumpflegerinnen/Raumpfleger (39,4 Prozentpunkte) sowie den Lager-, Transportarbeitern und -arbeiterinnen (31,5 Prozentpunkte). Der am zweitstärksten besetzte Berufsbereich waren die Fertigungsberufe, in denen nahezu jeder vierte Erwerbstätige (22,8 %) seinem Broterwerb nachging. Relativ unbedeutend in Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen sind die Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau mit einem Anteil von knapp 3 %. In technischen Berufen waren im März 2004 rund 7 % der Erwerbstätigen beschäftigt.

Tab. 5: Erwerbstätige in Deutschland nach Berufsbereichen 2004¹

Berufsbereich ²	insgesamt 1 000	Darunter weiblich %
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	895	34,4
Bergleute, Mineralgewinner	64	/
Fertigungsberufe	8 147	18,2
Technische Berufe	2 321	16,3
Dienstleistungsberufe	23 640	57,5
Sonstige Arbeitskräfte	592	36,6
Insgesamt	35 659	44,8

1 Ergebnisse des Mikrozensus, März 2004.

2 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3.6 Stellung im Beruf

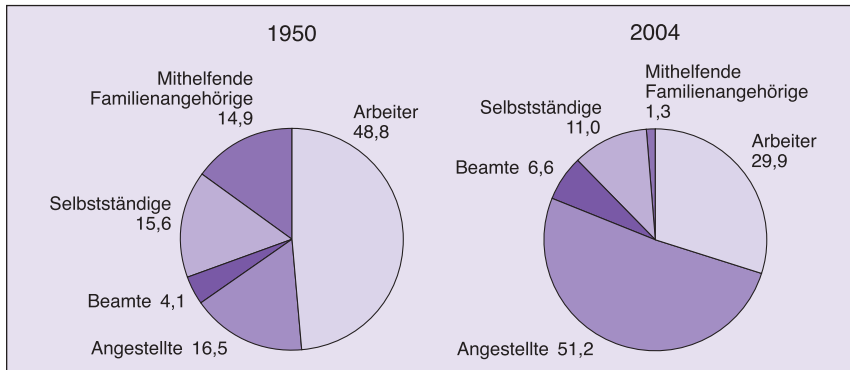
Die traditionelle Einteilung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße auch die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider. Jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – bietet mittlerweile eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten. Die historisch gewachsene Einteilung nach der Stellung im Beruf bringt jedoch gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung) von Bedeutung.

Im März 2004 standen 87,8 % aller Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und 89,5 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte (einschl. Auszubildende) oder Beamte tätig. Die Angestellten hatten mit 51,3 bzw. 47,1 % den größten Anteil, gefolgt von den Arbeitern mit 29,9 bzw. 37,5 %. Selbstständige waren mit 11,0 % im früheren Bundesgebiet und mit 10,0 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Beamte mit 6,6 % in den alten und mit 5,0 % in den neuen Bundesländern vertreten. Auf die unbezahl-

ten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 1,3 bzw. 0,5 %.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den vergangenen fünf Jahrzehnten erheblich verändert. Der Anteil der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger an den Erwerbstätigen war von 1957 bis Ende der 1980er-Jahre gravierend zurückgegangen. Erst seit Anfang der 1990er-Jahre gewinnt diese Erwerbstätigengruppe – insbesondere durch die wachsende Zahl der Selbstständigen ohne abhängig Beschäftigte – wieder an Bedeutung. Demgegenüber hat sich der Anteil der Angestellten bis ins Jahr 2004 durchgängig um fast das Dreifache erhöht. Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten sektoralen Wandel zu sehen. So stehen dem expandierenden Dienstleistungssektor mit seinem hohen Anteil an Angestellten schrumpfende Branchen wie die Landwirtschaft gegenüber, die sich durch einen hohen Anteil an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen auszeichnet.

Abb. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf im früheren Bundesgebiet¹ in %



¹ Ergebnisse des Mikrozensus.

Im früheren Bundesgebiet wie in den neuen Ländern und Berlin-Ost weist der Anteil der Selbstständigen, der mithelfenden Familienangehörigen und der abhängig Erwerbstätigen für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Unter den erwerbstätigen Männern im früheren Bundesgebiet war 2004 der Anteil Selbstständiger (14,1 %) etwa doppelt so hoch wie unter den Frauen (7,0 %). Von den Beamten waren 7,6 % Männer und 5,3 % Frauen. In den neuen Bundesländern waren im März 2004 12,9 % aller männlichen Erwerbstätigen selbstständig und 6,7 % aller weiblichen. Der Anteil der Beamten lag bei 6,2 %, der Beamtinnen bei 3,6 %. Weibliche Erwerbstätige übten überwiegend Angestelltenberufe aus (früheres Bundesgebiet: 64,5 %; neue Länder und Berlin-Ost: 65,3 %). Von den erwerbstätigen Männern in den neuen Ländern war der größte Teil (49,6 %) als Arbeiter tätig. Eine Angestelltenposition hatten dagegen nur 31,1 %. Im früheren Bundesgebiet wa-

Tab. 6: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf 2004¹

Stellung im Beruf	Männer in %	Frauen in %
Selbstständige	13,9	7,0
Mithelfende Familienangehörige	0,5	1,9
Beamte	7,3	5,0
Angestellte ²	39,1	64,6
Arbeiter ³	39,2	21,5

1 Ergebnisse des Mikrozensus, März 2004.

2 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

3 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

ren die Männer dagegen zu 40,7 % als Angestellte und zu 37,1 % als Arbeiter beschäftigt. Die berufliche Stellung hängt eng mit dem Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zusammen. So sind Personen mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss unter den Selbstständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Eine Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Tab. 7: Erwerbstätige in Deutschland nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluss 2004¹

Stellung im Beruf	Ins-gesamt	Darunter mit Angabe eines beruflichen Abschlusses		
		Zu-sammen	davon	
			Berufliches Praktikum ² , Lehrausbildung ³	Meister-/Techniker-ausbildung, Fachschulabschluss ⁴ , Verwaltungsfachhochschulabschluss, Fachhochschul-/Hochschulabschluss/ Promotion ⁵
	1 000		%	
Selbstständige	3 852	3 204	46,7	53,3
Mithelfende Familienangehörige	402	260	79,1	20,9
Beamte	2 242	1 975	33,9	66,1
Angestellte ⁶	18 016	14 875	63,2	36,8
Arbeiter ⁷	11 147	7 297	92,4	7,6
Insgesamt	35 659	27 611	67,0	33,0

1 Ergebnisse des Mikrozensus, März 2004.

2 Einschl. Anlernausbildung.

3 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

4 Einschl. Abschluss der Fachschule in der ehemaligen DDR, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie.

5 Auch Ingenieurschulabschluss; Wissenschaftliche Hochschule, auch Kunsthochschule.

6 Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

7 Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

3.7 Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In den Abschnitten 3.7 bis 3.11 werden Ergebnisse für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) dargestellt. Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft aufgrund folgender verwaltungsrechtlicher Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist: Wegen der vielfachen Gebietsstandsänderungen seit 1997 im Land Berlin konnte eine Gliederung in Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr vorgenommen werden. Daher werden in den Statistiken der BA ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands bei der Darstellung von Ergebnissen neu abgegrenzt und als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) bezeichnet. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 zur Verfügung.

Seit Januar 2004 bereitet die Bundesagentur für Arbeit ihre in den Geschäftsprozessen anfallenden Daten der Arbeitslosen, Leistungsempfänger, gemeldeten Stellen etc. mit einer neuen Informationstechnologie auf. Infolge verbesserter Abfragemöglichkeiten und konzeptioneller Änderungen kam es teilweise zu deutlichen Datenrevisionen, aus denen sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten ergeben.

Zum 1. Januar 2005 haben sich mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) in Deutschland die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik geändert: Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen, Kommunen und den zugelassenen kommunalen Trägern weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik führt die Bundesagentur für Arbeit (BA) die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter. Die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III wurde beibehalten.

Der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA wurde ab 2005 vom Monatsende auf die Monatsmitte vorgezogen. Damit kann in der Regel schon am Ende des Berichtsmontats über den Arbeitsmarkt berichtet werden, und die Daten passen besser zu den Monatsdurchschnittswerten der ILO-Erwerbsstatistik. Allerdings ist der Vergleich mit dem Jahr 2004 wegen der unterschiedlichen Stichtage etwas verzerrt.

Eine weitere Einschränkung der Arbeitslosenzahlen im Zeitvergleich resultiert daraus, dass ab September 2005 die Summe aus der Anzahl der arbeitslosen Männer und Frauen nicht mehr die Zahl der Arbeitslosen insgesamt ergibt. Der Grund hierfür ist, dass die kommunalen Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II auch Fälle »ohne Angabe des Geschlechts« melden, sodass sich die Zahl der Arbeitslosen insgesamt aus »Männern«, »Frauen« und »Ohne-Angabe-Fällen« zusammensetzt.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen ein schwer wiegendes persönliches Problem, sondern auch eine große Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Zum

einen müssen die registrierten Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen; zum anderen stellen sie für den Staat einen Kostenfaktor dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise so lange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 1960er-Jahre war nach diesem Verständnis im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen aber erheblich über der Zahl offener Stellen. Mit Ausnahmen in den Jahren 1978 bis 1980 überschreitet die Arbeitslosenzahl seit 1975 die 1-Million-Grenze. Im Jahr 1983 waren erstmals sogar mehr als 2 Mill. Menschen als arbeitslos registriert. Lediglich in den Jahren 1990 bis 1992 lag die Arbeitslosenzahl im Zuge der positiven Impulse durch die Wiedervereinigung noch einmal unter der »2-Millionen-Marke«. Mit 2,87 Mill. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1997 erreichte die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland einen vorläufigen Höchststand. Die Arbeitslosenquote, d. h. die Zahl der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen, betrug dabei 10,8 %.

1998 trat eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt im Westen Deutschlands ein, die sich bis zum Jahr 2001 fortsetzte. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank in diesem Zeitraum auf 2,32 Mill., die Arbeitslosenquote ermäßigte sich auf 8,0 %. Verglichen mit den etwas günstigeren Verhältnissen im Jahr 2001 nahm die Arbeitslosigkeit dann wieder zu. Ein neuerlicher deutlicher Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005 ist allerdings im Wesentlichen durch statistische Effekte der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (»Hartz-IV-Effekt«) geprägt. Im Jahresdurchschnitt 2005 waren 3,25 Mill. Personen arbeitslos gemeldet; 464 000 mehr als ein Jahr zuvor. Von diesen können ca. 350 000 mit dem so genannten Hartz-IV-Effekt erklärt werden. Die Arbeitslosenquote stieg auf 11 % an, die Zahl offener Stellen betrug im Durchschnitt des Jahres 325 000, und damit rund 86 000 mehr als im Jahr 2004.

Seit den 1970er-Jahren verfestigt sich der Trend, dass mit jedem weiteren Konjunkturunbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne jedoch nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen.

Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost rührte hauptsächlich von der Anpassung der Wirtschaftsstruktur her, wodurch zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt wurden. So waren im zweiten Halbjahr 1990 in Ostdeutschland durchschnittlich rund 640 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote von 6,6 % entspricht. Demgegenüber waren nur etwa 31 400 offene Stel-

len gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bereits auf 10,2 % erhöht. Bis zum Jahr 1994 stieg die Arbeitslosenquote hier kontinuierlich an und erreichte im Jahresdurchschnitt 1994 einen Wert von 15,7 %. Nach einer kurzen Besserung im Jahr 1995 – die Arbeitslosenquote ging auf 14,8 % zurück – stieg die Arbeitslosigkeit im Jahr 1996 wieder an und bewegt sich seit 1997 im Jahresdurchschnitt auf einem relativ konstanten und hohen Niveau. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland beträgt seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 1,50 und 1,62 Mill. Personen, die Arbeitslosenquote beläuft sich auf Werte zwischen 18,5 % und 20,1 %, zuletzt im Jahr 2005 betrug die Quote durch den Hartz-IV-Effekt 20,6 % (bei 1,61 Mill. Arbeitslosen).

Tab. 8: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Westdeutschland 1950 bis 2005¹

Jahresdurchschnitt	Registrierte Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquoten ² %
	1 000		
1950 ³	1 868,5	118,5	11,0
1960 ³	270,7	465,1	1,3
1970	148,8	794,8	0,7
1980	888,9	308,3	3,8
1990	1 883,1	313,6	7,2
1991	1 596,5	324,8	6,2
1993	2 149,5	236,0	8,0
1994	2 426,3	226,8	9,0
1995	2 427,1	260,3	9,1
1996	2 646,4	265,7	9,9
1997	2 870,0	277,7	10,8
1998	2 751,5	336,4	10,3
1999	2 604,7	381,4	9,6
2000	2 381,0	448,6	8,4
2001	2 320,5	436,3	8,0
2002	2 498,4	377,8	8,5
2003	2 753,2	291,9	9,3
2004	2 782,8	239,0	9,4
2005	3 246,5	324,8	11,0

1 1950, 1960, 1970, 1980 und 1990 Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet, einschl. Berlin-West; ab 1991 ohne Berlin-West.

2 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

3 Ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Seit dem Jahr 1993 hat die Arbeitslosenquote für Deutschland im Jahresdurchschnitt allerdings einen zweistelligen Wert nicht mehr unterschritten. Die bisherigen Höchststände in den Jahren 1997 und 1998 von 12,7 bzw. 12,3 % wurden durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab 2005 noch übertroffen. So lag die Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2005 bei 13 %. Die Zahl der

als arbeitslos registrierten Personen schwankt seit 1992 zwischen knapp 3 Mill. und gut 4 Mill. Der bisherige Höchststand im Durchschnitt des Jahres 1997 (4,38 Mill.) wurde ebenfalls durch den Hartz-IV-Effekt im Jahr 2005 übertroffen. Jahresdurchschnittlich wurden rund 4,86 Mill. registrierte Arbeitslose gezählt.

Sowohl bei den Arbeitslosenzahlen als auch bei den Zahlen für offene Stellen handelt es sich ausschließlich um Personen, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben bzw. um unbesetzte Arbeitsplätze, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Bei der Bewertung dieser Zahlen sollte jedoch berücksichtigt werden, dass es Arbeitsuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie

Tab. 9: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Deutschland 1991 bis 2005

Jahres- durch- schnitt	Registrierte Arbeitslose			Offene Stellen	Arbeitslosenquote ¹		
	insgesamt	Männer	Frauen		ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000				%		
1991	2 602,2	1 280,6	1 321,6	362,8	7,3	6,4	8,5
1992	2 978,6	1 411,9	1 566,7	356,2	8,5	7,1	10,2
1993	3 419,1	1 691,6	1 727,6	279,5	9,8	8,6	11,3
1994	3 698,1	1 863,1	1 835,0	284,8	10,6	9,5	12,0
1995	3 611,9	1 850,6	1 761,3	321,3	10,4	9,6	11,4
1996	3 965,1	2 111,5	1 853,5	327,3	11,5	11,0	12,1
1997	4 384,5	2 342,4	2 042,1	337,1	12,7	12,2	13,3
1998	4 280,6	2 273,4	2 007,3	421,6	12,3	11,9	12,8
1999	4 100,5	2 160,5	1 940,0	456,3	11,7	11,3	12,2
2000	3 889,7	2 053,4	1 836,3	515,4	10,7	10,5	10,9
2001	3 852,6	2 063,9	1 788,7	507,1	10,3	10,4	10,2
2002	4 061,3	2 239,9	1 821,4	452,0	10,8	11,3	10,3
2003	4 376,8	2 446,2	1 930,6	354,8	11,6	12,4	10,8
2004	4 381,3	2 448,7	1 932,6	285,6	11,7	12,5	10,8
2005	4 860,7	2 605,8 ²	2 254,9 ²	413,1	13,0	13,4	12,7

1 Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

2 Eigenberechnungen des Statistischen Bundesamtes. Die »Ohne-Angabe-Fälle« beim Geschlecht wurden proportional auf die Männer und Frauen verteilt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

sich dort melden (sie werden als »Stille Reserve« bezeichnet). Zur Stillen Reserve im weiteren Sinn zählen insbesondere auch diejenigen Personen, die an von den Arbeitsämtern geförderten Vollzeit-Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung – hierzu gehören auch Deutschsprachkurse – teilnehmen, sowie ältere Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, soweit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen. Ähnliches gilt aber auch für die Zahl der offenen Stellen. Hier wird ein großer Teil, der auf über 60 % des gesamten Stellenangebotes geschätzt wird, ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben und taucht ebenfalls nie in der Statistik auf.

3.8 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Arbeitsmarktpolitik

Von Januar bis Dezember 2005 meldeten sich in Westdeutschland 5,38 Mill. Menschen bei den Arbeitsagenturen arbeitslos, deutlich weniger als ein Jahr zuvor (-194 000 Personen). Andererseits konnten im Jahr 2004 mit 5,47 Mill. aber auch mehr Personen (+ 5,2 %) ihre Arbeitslosigkeit beenden als 2005.

In Ostdeutschland meldeten sich im selben Zeitraum rund 2,39 Mill. Männer und Frauen arbeitslos, das sind 10 % weniger als ein Jahr zuvor. Von den 2,39 Mill. neu arbeitslos gemeldeten Personen waren knapp zwei Drittel (1,55 Mill. oder 64,7 %) zuvor beschäftigt oder in betrieblicher Ausbildung. Im Jahr 2004 betrug dieser Anteil 67,4 %. Auch meldeten sich im Laufe des Jahres 2005 insgesamt 841 000 Personen arbeitslos, die vorher nicht erwerbstätig waren. Ein Jahr zuvor lag diese Zahl bei 864 000. Im Laufe des Jahres 2005 beendeten im Osten 2,5 Mill. Personen ihre Arbeitslosigkeit, das waren 4,4 % weniger als 2004.

Im Jahr 2005 hat sich die abgeschlossene Verweildauer in Arbeitslosigkeit erhöht. Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 2005 beendeten, waren durchschnittlich 39,6 Wochen arbeitslos, im Vergleich zu 38,4 Wochen im Vorjahr. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Berechnung für 2005 verzerrt ist. Zum einen wurden im Rahmen der Umstellung auf Hartz IV viele Menschen neu als arbeitslos registriert, die es vorher »real« schon waren, aber als solche nicht erfasst wurden. Zum anderen wurde im Zuge der Erfassung der neuen Arbeitslosen häufig der Arbeitslosenstatus nach einer genaueren Prüfung wieder verneint. Beide Einflüsse haben die abgeschlossene Dauer etwas verkürzt.

Als Mittel, um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst auf Kurzarbeit über. Die höchsten Kurzarbeiterzahlen waren im Zeitraum der letzten 30 Jahre um das Jahr 1975 (Jahresdurchschnitt 1975: 773 000), im Zeitraum 1981 bis 1984 (Jahresdurchschnitt 1983: 675 000) sowie 1993 zu verzeichnen. Im Jahr 1993 belief sich die Zahl der Kurzarbeiter in Deutschland auf 948 000. Dieser Stand reduzierte sich aber in den Folgejahren erheblich (1995: 199 000) und schwankt seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 86 000 und 280 000. Im Jahr 2005 waren rund 119 000 Personen von Kurzarbeit betroffen.

Für Ostdeutschland stehen Ergebnisse zur Kurzarbeit ab Berichtsmontat Oktober 1990 zur Verfügung. In der Folge des vorübergehend ausgedehnten Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erreichte die Zahl der aus betrieblichen Gründen verkürzt arbeitenden Personen im Jahresdurchschnitt 1991 mit 1,62 Mill. einen Höhepunkt. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 2005 arbeiteten im Osten Deutschlands knapp 24 000 Menschen kurz, 18,8 % weniger als ein Jahr zuvor. In Westdeutschland waren im Jahr 2005 insgesamt 95 000 Personen von Kurzarbeit betroffen, 21,9 % weniger als im Jahr 2004.

Im Hinblick auf die Entlastung des Arbeitsmarktes kommt den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit – insbesondere in Ostdeutschland – nach wie vor besondere Bedeutung zu, da ihnen auch kurzfristig gesamtwirtschaftlich ent-

lastende Wirkung zugeschrieben wird. Neben dem Kurzarbeitergeld umfassen die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik vor allem die Förderung der beruflichen Weiterbildung, Beschäftigung schaffende Maßnahmen, die berufliche Rehabilitation und spezielle Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen schwer vermittelbarer Arbeitsloser. Hinzu kommen seit April 1997 neue Fördermaßnahmen, mit deren Hilfe Arbeitslose in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen. Hierbei handelt es sich zumeist um Leistungen, die an Arbeitgeber gezahlt werden, wie etwa Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen, Sonderprogramme und so genannte Struktur Anpassungsmaßnahmen.

Ohne den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente wäre die Arbeitslosigkeit noch stärker gestiegen. Insgesamt hat die Zahl der Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, denen kurzfristig gesamtwirtschaftliche Entlastung zugeschrieben wird, um rund 70 000 auf 1,24 Mill. zugenommen. Rückläufige Teilnehmerzahlen in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie bei beruflicher Qualifizierung wurden durch Zunahmen bei den Existenzgründungszuschüssen (Ich-AGs) und den Einsatz der neuen Arbeitsangelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) ausgeglichen. Der jahresdurchschnittliche Anstieg verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf Westdeutschland (+ 40 000 auf 790 000) und Ostdeutschland (+ 30 000 auf 450 000).

3.9 Von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Personengruppen

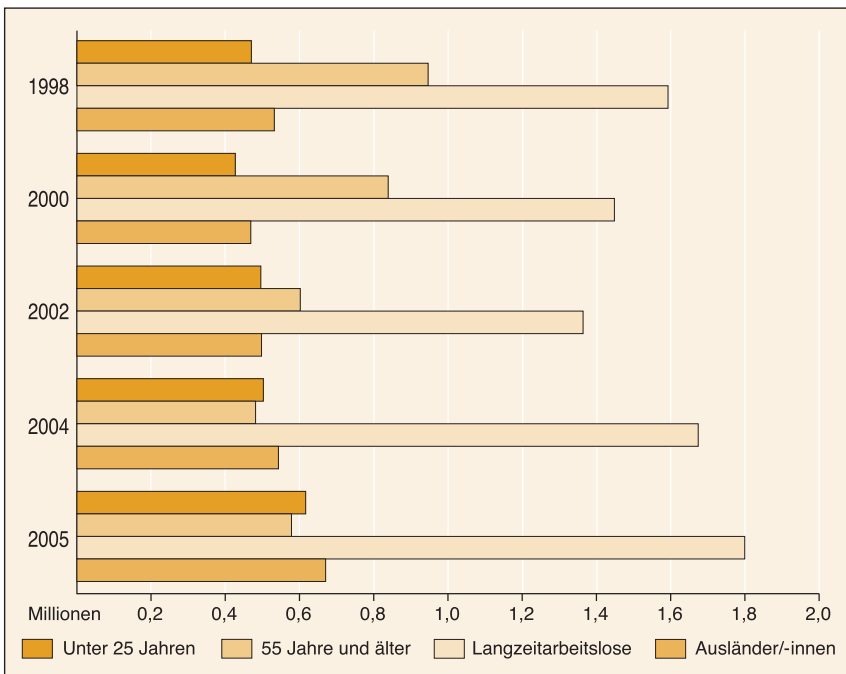
Registrierte Arbeitslosigkeit betrifft nicht alle Gruppen der Bevölkerung in gleichem Umfang. Unterschiedliche Personengruppen sind auch in unterschiedlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. So ist z.B. die Arbeitslosenquote für Männer höher als die für Frauen. Ausländische Erwerbspersonen und Personen im Alter von 50 und mehr Jahren sind vergleichsweise stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche und jüngere Personen.

Insbesondere Jugendarbeitslosigkeit stellt ein schwer wiegendes Problem für den Arbeitsmarkt dar, denn dahinter verbirgt sich ein gesamtgesellschaftliches Problem. Mit Arbeitslosigkeit im jugendlichen Alter werden auch die Weichen für die spätere Entwicklung im Erwerbsleben gestellt. Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit stehen seit 1999 verschiedene Fördermaßnahmen zur Verfügung. Wie letzte Ergebnisse für das Jahr 2005 zeigen, wurden deutschlandweit durchschnittlich 79 500 junge Leute gefördert, 3,5 % weniger als im Jahr 2002.

Für Jugendliche unter 20 Jahren hat sich unter dem Einfluss der Förderprogramme die Situation seit 1999 leicht gebessert. Sowohl im Osten als auch im Westen gingen zwischen 1998 und 2005 die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten für diesen Personenkreis kontinuierlich zurück, wengleich die Arbeitslosenquoten der unter 20-Jährigen im Osten seit 1999 erheblich höher (zwischen 2,9 und 4,8 Prozentpunkte)

über den entsprechenden Quoten in Westdeutschland liegen (1999: Deutschland 8,5 %, Ost 10,6 %, West 7,7 %; 2005: Deutschland 7,2 %, Ost 10,6 %, West 6,3 %). Allerdings haben sich die Arbeitslosenquoten für diesen Personenkreis im Jahr 2005 wieder erheblich gegenüber dem Vorjahr erhöht, was teilweise auch den »Hartz-IV-Effekt« zugeschrieben werden kann. Für junge Menschen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren stellt sich die Situation in Ost und West jeweils noch erheblich schlechter dar (1999: Deutschland 11,4 %, Ost 18,9 %, West 9,3 %; 2005: Deutschland 15,0 %,

Abb. 6: Von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Personenkreise
 Registrierte Arbeitslose der Bundesagentur für Arbeit.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Ost 23,4 %, West 12,7 %). Anders als bei den Jugendlichen unter 20 Jahren sind für Jüngere im Alter von 20 bis unter 25 Jahren die Arbeitslosenquoten gegenüber dem Jahr 1999 enorm angestiegen. Im Jahr 2005 lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der 20- bis unter 25-Jährigen in beiden Teilgebieten Deutschlands über der Arbeitslosenquote insgesamt.

Grundsätzlich haben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der längeren Betriebszugehörigkeit und des damit verbundenen Kündigungsschutzes ein ver-

gleichsweise geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Sind sie aber einmal arbeitslos, ist es für sie häufig sehr viel schwerer als für Jüngere, eine neue Beschäftigung zu finden. Im Jahresdurchschnitt 2005 gab es in Deutschland 580 400 registrierte Arbeitslose, die 55 Jahre oder älter waren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl um 20,1 % erhöht. Der Anteil der 55-Jährigen oder älteren an allen Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 2005 bundesweit 11,9 %.

In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Messung der Arbeitslosigkeit älterer Menschen durch die Regelungen der §§ 428 Sozialgesetzbuch (SGB) III und 252 Abs. 8 SGB IV teilweise eingeschränkt ist. Ältere Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können danach auch dann Lohnersatzleistungen beziehen, wenn sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr voll zur Verfügung stehen und somit nicht als Arbeitslose gezählt werden. Während diese Regelung – zum Teil aus demographischen Gründen – zwischen 1998 und 2000 seltener in Anspruch genommen wurde, ist seit dem Jahr 2001 hier wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Die Zahl dieser Leistungsempfänger lag im Jahresdurchschnitt 2004 bei 395 000.

Frauen sind zuletzt etwas weniger von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen als Männer. Während in Deutschland die jahresdurchschnittliche Zahl arbeitslos registrierter Männer von 1999 auf 2005 um 20,6 % zunahm, erhöhte sich im gleichen Zeitraum die Zahl arbeitsloser Frauen und Mädchen um 16,7 %. Die Zuwächse bei den Männern in Ostdeutschland (+ 20,3 %) fielen dabei etwas geringer aus als bei den Männern in Westdeutschland (+ 20,8 %). Die Zahl der arbeitslosen Frauen in Ostdeutschland verringerte sich sogar im Beobachtungszeitraum um 3,3 %, während die Arbeitslosigkeit der Frauen in Westdeutschland um 29,5 % zunahm. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Deutschland, gemessen an allen abhängigen Erwerbspersonen, bei 12,7 %, die der Männer bei 13,4 %. Im Westen wie auch im Osten unterschritt die Arbeitslosenquote der Frauen die jeweiligen Quoten der Männer (Westdeutschland: Männer 11,3 %, Frauen 10,7 %; Ostdeutschland: Männer 21,4 %, Frauen 19,8 %).

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage noch immer für Erwerbspersonen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Zwischen 1960 und 1970 waren Ausländerinnen und Ausländer – um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben – als »Gastarbeiter« angeworben worden, heute sehen sich Migrantinnen und Migranten mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Nachdem die Zahl registrierter Arbeitsloser mit ausländischem Pass ab dem Jahresdurchschnitt 1998 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr bis zum Jahr 2001 regelmäßig rückläufig war, ist sie in den Jahren ab 2002 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr wieder leicht und kontinuierlich gestiegen. Nach wie vor ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Ausländerinnen und Ausländer doppelt so groß wie für Deutsche. Die hohe Arbeitslosigkeit von Ausländern beruht zum Teil noch auf einer geringeren sprachlichen und beruflichen Qualifikation; diese vermindert Einstellungschancen und vergrößert bei schwacher Konjunktur das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren. Im Jahr 2005 wurden 672 900 arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer gezählt. Die Arbeitslosenquote unter der ausländischen Bevölkerung betrug 25,5 %. Allein in Westdeutsch-

land waren 582 200 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet, sie stellten damit 17,9 % aller Arbeitslosen. Im Osten Deutschlands spielt die Arbeitslosigkeit von Ausländern eine geringere Rolle. Hier waren 90 700 Ausländerinnen und Ausländer im Jahresdurchschnitt 2005 arbeitslos gemeldet, was einem Anteil von 5,6 % der Arbeitslosen in Ostdeutschland entspricht.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben zudem Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln waren im Jahresdurchschnitt 2005 in Deutschland 191 200 Personen und somit wie im Vorjahr 3,9 % aller registrierten Arbeitslosen. In Westdeutschland waren im Jahr 2005 4,4 % (2004: 4,7 %) der Arbeitslosen schwerbehindert, in Ostdeutschland betrug dieser Anteil nur 3,0 % (2004: 2,8 %). Als Trend erkennbar ist, dass der Anteil Schwerbehinderter an allen Arbeitslosen in Deutschland geringfügig abnimmt.

Zu den Langzeitarbeitslosen werden diejenigen gezählt, die bereits ein Jahr oder länger arbeitslos sind. Ihre Zahl hat sich im Jahresverlauf 2005 wieder erhöht, und zwar jahresdurchschnittlich um 7,5 % auf 1,81 Mill. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist allerdings leicht gesunken von 38,4 % auf 37,2 %. Besonders stark war die Zunahme bei den Männern (+ 8,6 % auf 976 000). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg dort von 36,7 % auf 37,5 %. Bei Frauen fiel die Zunahme etwas geringer aus (+ 6,3 % auf 830 800). Ihr Langzeitarbeitslosen-Anteil sank von 40,5 % auf 36,8 %. Nach wie vor sind Frauen häufiger langzeitarbeitslos als Männer. In Ostdeutschland sind – relativ gesehen – deutlich mehr Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als im Westen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beläuft sich dort auf 43 %, im Vergleich zu 34,3 % im Westen. Besonders markant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede: In Ostdeutschland sind 47,6 % der arbeitslosen Frauen langzeitarbeitslos, im Vergleich zu 38,9 % bei den Männern. Im Westen dagegen ist die Quote der Frauen mit 31,4 % erheblich niedriger als die der Männer (36,8 %).

3.10 Unterstützungsleistungen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wachsen die finanziellen Sorgen der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten, wird die sich im Allgemeinen anschließende niedrigere Arbeitslosenhilfe bzw. ab 2005 das neue Arbeitslosengeld II nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt. Haben Arbeitslosengeldempfänger mindestens ein Kind (im Sinne des Einkommensteuergesetzes), beträgt das Arbeitslosengeld 67 % des vorherigen Nettoeinkommens, bei Arbeitslosen ohne berücksichtigungsfähige Kinder beträgt es 60 %. Bis Ende 2004 wurde Arbeitslosen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgelaufen war, und die die Bedürftigkeitskriterien erfüllten, Arbeitslosenhilfe gewährt; die entsprechenden Sätze lagen bei 57 % bzw. 53 %. Ab Januar 2005 wurden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der

so genannten Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt (Hartz IV). Mit diesem Gesetz (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) sollen die Eingliederungschancen der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger in ungeforderte Beschäftigung verbessert und das ineffiziente Nebeneinander von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige beseitigt werden.

Von den 4,86 Mill. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2005 wurden 43 % im Rechtskreis Sozialgesetzbuch (SGB) III von einer Agentur für Arbeit und 57 % im Rechtskreis SGB II von einer Arbeitsgemeinschaft oder einem zugelassenen kommunalen Träger betreut. Jahresdurchschnittlich erhielten 2005 etwa 1,74 Mill. Personen Arbeitslosengeld nach dem SGB III (ohne das Arbeitslosengeld für Weiterbildung). Das waren 110 000 oder 6 % weniger als vor einem Jahr. Von den Arbeitslosengeld-Empfängern waren 83 % als Arbeitslose registriert, die übrigen (17 %) befanden sich in vorruhestandsähnlichen Regelungen (§ 428 SGB III), waren arbeitsunfähig erkrankt oder nahmen an Trainingsmaßnahmen teil. Die neue Leistung Arbeitslosengeld II wurde an etwa 4,89 Mill. Menschen ausgezahlt. Von ihnen waren 57 % arbeitslos gemeldet. Die übrigen 2,12 Mill. erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhielten Arbeitslosengeld II, ohne arbeitslos zu sein. Hierzu zählen vor allem Personen, die noch die Schule besuchen, die Arbeitslosengeld II als aufstockende Hilfe ergänzend zum Lohn aus einem Beschäftigungsverhältnis bekommen, Personen, die an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen oder wegen besonderer Umstände dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Insgesamt erhielten im Jahr 2005 6,5 Mill. erwerbsfähige Personen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II. Etwa 63 % dieser Leistungsempfänger waren als arbeitslos registriert, bezogen auf alle Arbeitslosen waren das 84 %.

3.11 Regionale Arbeitslosigkeit

In Deutschland ist eine regional ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit festzustellen. So sind die nördlichen Regionen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als der Süden Deutschlands. Im Osten Deutschlands werden im Allgemeinen höhere Arbeitslosenquoten angetroffen als in Westdeutschland. Die Spannweite der Arbeitslosenquoten der für 2004 zuletzt verfügbaren Ergebnisse auf Stadt- und Landkreisebene schwankte zwischen 4,4 % im bayerischen Landkreis Eichstätt und 31,4 % im Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahresdurchschnitt 2005 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland, gemessen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen, 13 % (Ostdeutschland 20,6 %, Westdeutschland 11,0 %). Insbesondere durch den Hartz-IV-Effekt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2005 um 10,9 % (Ostdeutschland 0,9 %, Westdeutschland 16,7 %). Auch in den meisten Bundesländern stieg die Arbeitslosigkeit 2005 gegenüber dem Vorjahr deutlich an, zwischen +1,1 % in Thüringen und 25,7 % in Bremen. Lediglich in den Ländern Brandenburg (-2,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (-1,4 %) und Sachsen-Anhalt (-1,8 %) wurden Rückgänge festgestellt.

Tab. 10: Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Ländern
 Jahresdurchschnitte 2004 und 2005

Bundesland	Arbeitslose		Arbeitslosenquoten ¹ in %	
	2004	2005	2004	2005
Baden-Württemberg	340 284	385 273	6,9	7,8
Bayern	449 709	504 974	7,9	8,9
Berlin	297 947	319 177	19,8	21,5
Brandenburg	251 154	243 876	20,4	19,9
Bremen	42 347	53 223	14,4	18,3
Hamburg	84 325	98 228	11,0	12,9
Hessen	250 707	296 528	9,1	10,9
Mecklenburg-Vorpommern	182 915	180 362	22,1	22,1
Niedersachsen	376 641	457 097	10,6	13,0
Nordrhein-Westfalen	898 416	2 057 642	11,2	13,2
Rheinland-Pfalz	155 111	178 514	8,6	9,8
Saarland	45 945	53 533	10,0	11,7
Sachsen	396 687	402 269	19,4	20,0
Sachsen-Anhalt	263 266	258 525	21,7	21,8
Schleswig-Holstein	137 861	161 524	11,1	13,0
Thüringen	207 725	209 941	18,1	18,6
Deutschland	4 381 040	4 860 685	11,7	13,0
Westdeutschland	2 781 346	3 246 535	9,4	11,0
Ostdeutschland	1 599 694	1 614 150	20,1	20,6

¹ Bezogen auf abhängige zivile Erwerbsspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

3.12 Erwerbslosigkeit im internationalen Vergleich

Erwerbslosigkeit ist ein weltweites Problem. Ihr jeweiliges Ausmaß lässt sich jedoch über die Ländergrenzen hinweg anhand der Daten der nationalen Arbeitsverwaltungen nicht vergleichen. Selbst innerhalb der Europäischen Union (EU) ist die Sozialgesetzgebung, die zum Beispiel den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder deren Dauer regelt, nach wie vor sehr unterschiedlich. Die Sozialgesetzgebung wiederum beeinflusst unmittelbar die Zahl derer, die sich an die Arbeitsverwaltung wenden und dort registriert werden. Im Endeffekt sind damit die jeweiligen Zahlen der nationalen Arbeitsverwaltungen nicht direkt miteinander vergleichbar.

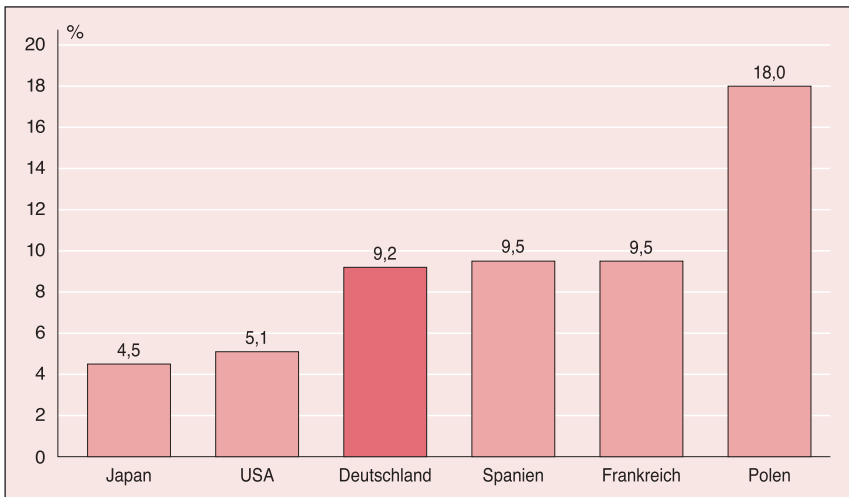
Um dennoch internationale Vergleiche der Erwerbslosigkeit zu ermöglichen, bedienen sich viele nationale statistische Ämter und insbesondere auch inter- und supranationale Institutionen des Konzepts der International Labour Organization (ILO). Nach diesem Konzept gilt eine Person im Alter von 15 bis 74 Jahren als erwerbslos, wenn sie im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat und eine neue Arbeit innerhalb

von zwei Wochen aufnehmen könnte (vgl. 3.1). Die Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach den ILO-Kriterien unterscheidet sich von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB), welche der Berichterstattung der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde liegt. So fordert das SGB die Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos registriert zu werden. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Es gibt somit Menschen, die nach ILO-Kriterien erwerbslos sind, von der Bundesagentur für Arbeit aber nicht als arbeitslos gezählt werden. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.

Erwerbslosenzahlen nach dem ILO-Konzept werden in den Staaten der Europäischen Union und vielen weiteren Staaten unabhängig von der Arbeitsverwaltung nach einheitlichen Kriterien im Rahmen regelmäßiger Bevölkerungsbefragungen ermittelt. Für das Jahr 2005 lagen zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe für die meisten Staaten noch keine Jahresdurchschnittsdaten vor. Abbildung 6 bietet daher einen Überblick zur Erwerbslosigkeit in einigen ausgewählten Ländern, der sich auf Durchschnittswerte für die zwölf Monate von November 2004 bis Oktober 2005 bezieht.

Der Blick auf die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigt, dass es einigen Staaten wie beispielsweise Irland, Spanien und Finnland gelungen ist, die Erwerbslosenquote deutlich zu senken. In anderen Staaten, nicht zuletzt in Deutschland, nahm der

Abb. 7: Erwerbslosenquoten in ausgewählten Ländern
Durchschnitt November 2004 bis Oktober 2005



Tab. 11: Erwerbslosenquoten im internationalen Vergleich
 Jahresdurchschnitt in Prozent

Land	1996	1998	2000	2002	2003	2004
Belgien	9,5	9,3	6,9	7,3	8,0	7,9
Dänemark	6,3	4,9	4,4	4,6	5,6	5,4
Deutschland	7,7	8,1	6,9	7,6	8,7	9,2
Estland	.	9,2	12,5	9,5	10,2	9,2
Finnland	14,6	11,4	9,8	9,1	9,0	8,8
Frankreich	11,6	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6
Griechenland	9,6	10,9	11,3	10,3	9,7	10,5
Irland	11,7	7,5	4,3	4,3	4,6	4,5
Italien	11,2	11,3	10,1	8,6	8,4	8,0
Lettland	.	14,3	13,7	12,6	10,4	9,8
Litauen	.	13,2	16,4	13,5	12,7	10,9
Luxemburg	2,9	2,7	2,3	2,8	3,7	4,8
Malta	.	.	6,7	7,7	8,0	7,7
Niederlande	6,0	3,8	2,8	2,8	3,7	4,6
Österreich	4,3	4,5	3,6	4,2	4,3	4,8
Polen	.	10,2	16,4	19,8	19,2	18,8
Portugal	7,3	5,2	4,1	5,0	6,3	6,0
Schweden	9,6	8,2	5,6	4,9	5,6	6,3
Slowakei	.	12,7	18,7	18,7	17,5	18,2
Slowenien	6,9	7,4	6,6	6,1	6,5	6,0
Spanien	18,2	15,3	11,4	11,5	11,5	11,0
Tschechische Republik	.	6,4	8,7	7,3	7,8	8,3
Ungarn	9,6	8,4	6,3	5,6	5,8	6,0
Vereinigtes Königreich	7,9	6,1	5,4	5,1	4,9	4,7
Zypern	.	.	5,2	3,9	4,5	5,2
Europäische Union (EU-25)	.	9,4	8,6	8,8	9,0	9,0
Europäische Union (EU-15)	10,1	9,3	7,6	7,6	8,0	8,1
Japan	3,4	4,1	4,7	5,4	5,3	4,7
USA	5,4	4,5	4,0	5,8	6,0	5,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat und andere nationale statistische Ämter.

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen zu. Mit einer Erwerbslosenquote von 9,2 % lag Deutschland im Jahr 2004 knapp über dem Durchschnitt der 25 EU-Staaten von 9,0 %. Besonders große Probleme mit dem Ausmaß der Erwerbslosigkeit haben innerhalb der EU Polen und die Slowakei.

Weitere Informationen zum Thema Arbeitsmarkt siehe Teil II, Kap. 6.